VI. Nachtrag vom ...11.2019 zur Satzung über die Erhebung von Zweitwohnungssteuer in der Gemeinde Marienheide (Zweitwohnungssteuersatzung) vom 14.04.2000

Aufgrund des § 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV NW 1994, S. 666) in der z. Z. gültigen Fassung und der §§ 1, 2, 3 und 20 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (KAG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21.10.1969 (GV NW 1969, S. 712), in der z. Z. gültigen Fassung, hat der Rat der Gemeinde Marienheide in seiner Sitzung am 27.11.2019 folgenden **VI. Nachtrag** zur Satzung über die Erhebung von Zweitwohnungssteuer in der Gemeinde Marienheide (**Zweitwohnungssteuersatzung**) vom 14.04.2000 beschlossen:

Artikel 1

§ 2 Absatz 4 erhält folgende Fassung:

Als Wohnung gelten auch alle Wohn- und Campingwagen, Mobilheime und Wohnmobile, die zu Zwecken des persönlichen Lebensbedarfs auf eigenem oder fremdem Grundstück für einen nicht nur vorübergehenden Zeitraum abgestellt werden. Als nicht nur vorübergehend gilt ein Zeitraum von mehr als 2 Monaten.

Artikel 2

§ 4 (Steuermaßstab) wird wie folgt **neu gefasst**:

- (1) Die Steuer wird nach dem jährlichen Mietaufwand der Wohnung berechnet.
- (2) Hat der Steuerpflichtige für die Benutzung der Wohnung aufgrund vertraglicher Vereinbarungen ein Entgelt zu entrichten, so wird der jährliche Mietaufwand nach Abs. 1 wie folgt ermittelt:
 1. anhand der Nettokaltmiete, die der Steuerpflichtige nach dem Stand im Zeitpunkt der Entstehung der Steuerpflicht für ein Jahr zu entrichten hätte (Jahresnettokaltmiete); wenn im Mietvertrag zwischen den Parteien eine Miete vereinbart wurde, in der einige oder alle Nebenkosten (z. B. Bruttokaltmiete, Bruttowarmmiete), Aufwendungen für die Möblierung der Wohnung, Stellplätze oder Garagen enthalten sind, sind zur Ermittlung der zu berücksichtigenden Nettokaltmiete die nachfolgenden pauschalen Kürzungen vorzunehmen:

a) für eingeschlossene Nebenkosten ohne Heizung	10 v.H.,
b) für eingeschlossene Nebenkosten mit Heizung	20 v.H.,
c) für Teilmöblierung	10 v.H.,
d) für Vollmöblierung	20 v.H. und
e) für Stellplatz oder Garage	5 v.H.
 2. für alle anderen Formen eines vertraglich vereinbarten Überlassungsentgelts, beispielsweise Pachtzins, Nutzungsentgelt, Erbpachtzins oder Leibrente, gilt Nr. 1 entsprechend.

Für die Wohnungen im Sinne des § 1 der Verordnung über wohnungswirtschaftliche Berechnungen nach dem Zweiten Wohnungsbaugesetz (Zweite Berechnungsverordnung - II. BV) in der Fassung der Bekanntmachung vom 12.10.1990 (BGBl. I, S. 2178), zuletzt geändert durch Art. 78 Abs. 2 des Gesetzes vom 23.11.2007 (BGBl. I, S. 2614) ist ebenfalls die Nettokaltmiete (ohne Betriebskosten) anzusetzen. Die festgesetzte Fehlbelegungsabgabe zählt zur Bemessungsgrundlage.

(3) In Fällen, in denen

1. das nach Abs. 2 maßgebliche Entgelt mindestens 20 v.H. unterhalb der ortsüblichen Miete für vergleichbare Objekte liegt,
2. die Wohnung vom Eigentümer oder Verfügungsberechtigten selbst genutzt wird oder ungenutzt bleibt oder
3. die Wohnung unentgeltlich zur Nutzung überlassen wird,

ist der jährliche Mietaufwand nach Abs. 1 zu schätzen (§ 162 AO). Besteht ein örtlicher Mietspiegel, so ist dieser zu berücksichtigen.

(4) Bei Wohn- und Campingwagen, Mobilheimen und Wohnmobilen gelten die Abs. 1 bis 3 mit der Maßgabe entsprechend, dass als Nettokaltmiete die vereinbarte Nettostandplatzmiete gilt.

Artikel 3

§ 5 (Steuersatz) wird wie folgt **neu gefasst**:

Die Steuer beträgt jährlich 11 v. H. des Steuermaßstabs nach § 4. Bei der Steuerfestsetzung wird die Steuer auf volle EUR nach unten abgerundet.

Artikel 4

§ 6 Absatz 2 erhält folgende Fassung:

Stehen die Besteuerungsgrundlagen nach § 4 erst nach Ablauf des Kalenderjahres fest, so entsteht die Steuer mit Ablauf des Kalenderjahres. In diesen Fällen wird die voraussichtlich entstehende Steuer für das laufende Jahr als Vorauszahlung erhoben.

Artikel 5

§ 7 Absatz 2 erhält folgende Fassung:

Der Steuerpflichtige (§ 3) ist dabei gleichzeitig verpflichtet, der Gemeinde alle für die Steuererhebung erforderlichen Tatbestände (Mietwert, Art der Nutzung etc.) schriftlich oder zur Niederschrift bei der Gemeinde mitzuteilen. Das gleiche gilt, wenn sich die für die Steuererhebung relevanten Tatbestände ändern. Die Angaben sind durch geeignete Unterlagen, insbesondere durch Mietverträge, Mietänderungsverträge und Mietbescheinigungen nachzuweisen.

§ 7 Absatz 3 erhält folgende Fassung:

Die Vermieter von Zweitwohnungen bzw. die Vermieter von Stellplätzen für Wohn- und Campingwagen, Mobilheimen und Wohnmobilen sind zur Mitteilung über die Person der Steuerpflichtigen und zu Mitteilungen nach Abs. 2 verpflichtet (§ 12 Abs. 1 Nr. 3 a Kommunalabgabengesetz NW (nachfolgend: KAG) in Verbindung mit § 93 Abgabenordnung).

Artikel 6

Diese Änderungssatzung tritt zum 01.01.2020 in Kraft.